

Vorstoss geschilderten Form nicht mehr aktuell sind. Das selbe gilt natürlich auch für die Antworten.

Die Personenfreizügigkeit hat sich weiterentwickelt. Die Probleme sind teilweise anders geworden. Mich würde jetzt interessieren, wie der Bundesrat den Satz beurteilt, den er in der Antwort auf die Interpellation selber formuliert hat: «Der Bundesrat rechnet jedoch mit einer weitgehenden Stabilisierung der Einreisen in den nächsten Jahren.» Ist diese erwartete Entwicklung eingetreten, oder muss die Landesregierung diese Feststellung, knapp zwei Jahre alt, revidieren? Insbesondere würde mich die Stellungnahme des Bundesrates zur Frage interessieren, wie sich die in den Medien neuerdings oft erwähnte forcierte Zuwanderung vor allem deutscher Arbeitnehmer aus den neuen deutschen Bundesländern in den Raum Zürich entwickelt. Man spricht da von 120 Arbeitnehmern pro Tag, also von 3500 im Monat. Erfolgt diese Zuwanderung auf Kosten schweizerischer Arbeitnehmer, gibt es mehr Arbeitsplätze in der Schweiz? Oder verdrängen die Einwandernden andere ausländische Arbeitnehmer? War die seinerzeitige Prognose des Bundesrates, wonach eine Stabilisierung und Beruhigung zu erwarten sei, mit Blick auf die heutige Entwicklung richtig oder nicht?

Blocher Christoph, Bundesrat: Es ist tatsächlich so, dass die Antwort des Bundesrates etwas zurückliegt, sodass wir jetzt auch schon neuere Zahlen haben.

Zur Nettozuwanderung: Die ständige Wohnbevölkerung aus den Staaten der Europäischen Gemeinschaft und der Efta wuchs zwischen dem 1. Juni 2002 und dem 30. November 2004 um rund 52 000 Personen auf 850 000 Personen an. Zwischen Dezember 2002 und Dezember 2003, also im ersten Jahr, wuchs die ständige Wohnbevölkerung der Personen aus diesem Gebiet um 1,8 Prozent an. Im gleichen Zeitraum betrug der Zuwachs aus den Nicht-EG-Efta-Staaten 0,6 Prozent. Sie sehen: Wir haben hier bereits die Entwicklung, die wir im Ausländerrecht vorwegnehmen, dass wir nämlich weniger Zuwanderung von ausserhalb der EU haben, aber etwas mehr aus der EU als vorher. Aber der gesamte Zuwachs ist nicht grösser als ein Jahr zuvor. Nun müssen Sie wissen, dass die Zuwanderung natürlich auch immer von der Beschäftigungssituation im Land abhängt. Wenn Leute gebraucht werden, dann werden sie gesucht und geholt. Wenn sie nicht gebraucht werden, dann werden sie auch nicht geholt. Es macht natürlich viel aus, wie die Beschäftigungssituation ist.

Die Höchstzahlen für die EG/Efta-Aufenthaltsbewilligung, also die Aufenthaltsbewilligung B, wurden in den ersten beiden Jahren vorzeitig ausgeschöpft. Sie sind auf 15 000 (EU) limitiert. Das sind die Ganzjahres-Aufenthaltsbewilligungen. Nach zehn Monaten waren sie ausgeschöpft. Es gab für die letzten zwei Monate also keine Bewilligungen mehr. Seit dem 1. Juni 2004 wurde die Praxis geändert; wir vergeben diese Quoten jetzt nur noch quartalsweise, auf das ganze Jahr verteilt. Das ist sinnvoller, als dass man am Anfang einen Engpass schafft.

Anders sieht es bei den Kurzaufenthaltsbewilligungen L aus. Hier liegen die Zahlen der beanspruchten Bewilligungen deutlich unter den maximal vereinbarten Höchstzahlen von 115 500 Personen (EU). Die Ausschöpfung lag von 2002 bis 2004 bei 60 Prozent, von Juni 2004 bis Mai 2005 bei 68 Prozent.

Die Kantone wurden im in der Interpellation erwähnten Rundschreiben aufgefordert, die arbeitsmarktlichen Überprüfungen, namentlich bezüglich des Inländervorrangs, strikte vorzunehmen. Wir hatten noch bis 2004 die Möglichkeit, den Inländervorrang vorzusehen. Das läuft nachher aus, aber jetzt ist er noch vorhanden, und darum sollte diese Überprüfung auch vorgenommen werden. Wir legen auch Wert darauf, dass die EG/Efta-Aufenthaltsbewilligungen, die B-Ausweise, nicht an Angestellte von Saisonbetrieben, sondern an solche von Ganzjahresbetrieben auszustellen sind. Das ist wohl auch verständlich! Es trifft nicht zu, dass die Kantone gebeten wurden, ausschliesslich Kurzaufenthaltsbewilligungen zu erteilen, um sie dann beliebig aneinander reihen zu können.

Es kann im heutigen Zeitpunkt kein Zusammenhang zwischen der Arbeitslosigkeit und der schrittweisen Einführung der Personenfreizügigkeit nachgewiesen werden. Das hängt natürlich damit zusammen, dass diese in relativ gute Jahre gefallen ist. Es waren nicht eigentliche, tiefegehende Rezessionsjahre. Das sehen Sie auch der Arbeitslosenstatistik an. Die Prozentzahlen sind nicht wesentlich gestiegen. Ob sie ohne diese Kontingente gefallen wären, ist natürlich nicht nachzuweisen.

Die Fragen, die in der Interpellation gestellt wurden, kann man also gar nicht beantworten. Man weiss nicht, wie es wäre, wenn eine andere Regelung gegolten hätte. Man weiss nicht, wie viele Leute gekommen und wie viele nicht gekommen wären, wie viele Einreisen bewilligt und wie viele nicht bewilligt worden wären. Aber allein die Tatsache, dass die Limite 15 000 im ersten Jahr nach zehn Monaten ausgeschöpft waren, zeigt, dass der Druck in Richtung mehr ausländische Arbeitskräfte vorhanden ist. Es sind jetzt mehr Leute aus der EU gekommen und weniger von ausserhalb der EU, weil wir für die Letzteren keine Bewilligungen erteilt haben.

Seit Ende 2003 ist die Arbeitslosenquote ungefähr stabil geblieben, nämlich bei etwa 3,8 Prozent.

Zur letzten Frage, dem Ausländerbestand: Der Ausländerbestand ist von 1 456 000 im April 2003 auf 1 500 512 gestiegen: im ersten Jahr, von April 2003 bis April 2004, um 1,9 Prozent, und von April 2004 bis April 2005 um 1,1 Prozent. Sie sehen, es ist ein kleiner Anstieg zu verzeichnen. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass auch eine grössere Zahl von Einbürgerungen erfolgt ist. Damit hat es natürlich auch zu tun.

Die Zahl von Ausländern aus den EU/Efta-Staaten ist von April 2003 bis April 2004 wie gesagt um 2,2 Prozent und von April 2004 bis April 2005 um 1,9 Prozent gestiegen. Es ist also keine wesentliche Steigerung eingetreten. Und aus den Drittstaaten waren es von April 2003 bis April 2004 noch 1,5 Prozent und im letzten Jahr nur noch 0,1 Prozent. Sie sehen, hier wird die Entwicklung auch gesteuert.

04.3009

Motion Freysinger Oskar. Abschaffung der Visumpflicht für Taiwan-Chinesen

Motion Freysinger Oskar. Suppression du visa pour les Chinois de Taïwan

Einreichungsdatum 01.03.04
Date de dépôt 01.03.04

Nationalrat/Conseil national 13.06.05

Freysinger Oskar (V, VS): Etant toujours accusé de vouloir une Suisse fermée, cloisonnée, repliée sur elle-même, etc., je me suis dit qu'il était temps de donner un signal fort dans le sens d'une ouverture intelligente. Mais qu'est-ce que ça veut dire, une «ouverture intelligente»? Comment la pratiquer et qui doit-elle concerner?

Prenez un pays comme Taïwan: forte croissance économique, industrie de production dynamique, population laborieuse. Bref, voilà un pays qui représente un partenaire économique idéal! De plus, je ne connais pas en Suisse de cas de vente de drogue, de braquage ou d'abus de notre système social qui soit le fait de ressortissants taïwanais! Ajoutons à cela une solide démocratie, un respect remarquable des droits de l'homme, et nous avons un pays avec lequel il fait bon commercer et échanger, un pays qui mérite qu'on s'ouvre à lui dans l'intérêt réciproque de nos deux nations.

Or la réponse du Conseil fédéral se trouve être un «niet» retentissant. Me voilà bien frustré, moi qui croyais avoir enfin trouvé le moyen de faire dire oui à Monsieur Blocher, ici présent, «Ober-Neinsager» de la nation. Or, comme je le connais, il aurait certainement adoré le faire, mais il doit être collégial, n'est-ce pas, et représenter l'avis ouvert et tolérant de la majorité du collège gouvernemental! Donc pas de oui, mais un refus sec et sonnante au nom de l'alignement de notre politique extérieure sur ce qui se fait ailleurs. Pourtant, «à travers» Taïwan, il eût été possible de démontrer l'avantage d'avoir une politique de visa autonome, indépendante, flexible.

Hélas, Schengen étant passé par là, nous allons devoir nous aligner sur la politique des visas poursuivie par l'Union européenne, et celle-ci exige un visa pour les ressortissants taïwanais! Heureusement, cela est largement compensé, grâce à Schengen toujours, par une levée de l'obligation de visa pour la Chine populaire, dont tout le monde apprécie l'esprit démocratique et le respect des droits de l'homme version Tianan men! Evidemment, notre gouvernement avait refusé cette levée de l'obligation de visa à l'encontre de la République populaire de Chine pour des raisons sécuritaires. Mais, que voulez-vous, la cohérence relativiste s'accommode très bien de quelques contradictions rafraîchissantes.

Revenons cependant à notre île de Formose, comme elle s'appelait il n'y a pas si longtemps. Je crains que ma motion ne soit plus d'actualité depuis le 5 juin dernier, puisque nous aurons les pieds et les poings liés à partir de 2008 en ce qui concerne notre politique des visas. Pourtant, je la maintiens, ne serait-ce que pour un baroud d'honneur, pour démontrer mon attachement à notre souveraineté d'Etat-nation indépendant, avant que celle-ci soit définitivement devenue un avatar poussiéreux dans les livres d'histoire.

Je vous invite donc à adopter ma motion, rien que pour le principe et la beauté du geste, rien que pour faire preuve d'indépendance et d'ouverture, des valeurs apparemment largement répandues dans cette salle!

Blocher Christoph, Bundesrat: Wir haben Ihnen die Gründe, warum wir die Ablehnung dieser Motion beantragen, aufgeführt. Es ist festzustellen, dass seit dem 1. Oktober 2001 Inhaber eines gültigen, durch die taiwanesischen Behörden ausgestellten Passes und eines gültigen Schengen-Visums für einen Aufenthalt in der Schweiz von höchstens drei Monaten insbesondere als Touristen, Besucher, Geschäftsleute, Teilnehmer an Konferenzen und Kongressen von der Visumpflicht befreit sind. Der Motionär ersucht aber den Bundesrat, noch einen Schritt weiterzugehen. Er will, dass Taiwanesen auch dann von der Visumpflicht befreit werden, wenn sie kein Schengen-Visum haben, das heisst, Taiwan würde unter die generell visumfreien Länder fallen. Das ist nicht ohne Komplikationen.

Wir prüfen natürlich immer wieder neu, ob wir bei Ländern – auch wenn wir mit diesen keine diplomatischen Beziehungen haben – die Visumfreiheit einführen sollten. Wir sind bis jetzt zum Schluss gekommen, dass dies für Taiwan unzweckmässig ist. Es gilt auch zu beachten, dass kein europäisches Land für Taiwan eine Visumbefreiung erlassen hat, insbesondere auch wegen der politisch zum Teil nicht einfachen Verhältnisse, die im asiatischen Raum bestehen. Das ist hier zu berücksichtigen.

Der Bundesrat beantragt Ihnen die Ablehnung der Motion. Dies wird auch gestützt durch die Tatsache, dass taiwanesischen Geschäftsleute die beantragten Visa rasch und ohne Schwierigkeiten erhalten. Das Visumverfahren dauert nur kurz, im Gegensatz zum Beispiel zum amerikanischen Visumverfahren, bei welchem ausserordentlich komplizierte Vorschriften zur Anwendung kommen. Das Visum ist auch von Geschäftsleuten nie als grosses Problem empfunden worden – eine Visumbefreiung würde die wirtschaftlichen Beziehungen kaum verändern. Für taiwanesischen Touristen wird die Situation dadurch erleichtert, dass wir das Schengen-Visum anerkennen. Wenn jemand also einen gültigen Pass besitzt, hat er dazu entweder ein schweizerisches Vi-

sum oder eben ein gültiges Schengen-Visum, das ihn zur Einreise berechtigt, und zwar als Tourist oder Geschäftsperson für drei Monate, sodass hier also keine Schwierigkeiten bestehen.

Da Taiwanesen für die Einreise in die Schengener Staaten ohnehin ein Visum benötigen und die Touristen aus Asien in der Regel nicht nur ein europäisches Land besuchen, sondern mehrere, ist die Anerkennung des Schengen-Visums für die Durchreise durch die Schweiz natürlich ein Vorteil und wird auch ohne Weiteres anerkannt.

Wir glauben auch, dass die Massnahme, wie sie der Motionär vorschlägt – d. h. also generelle Visumfreiheit –, kaum Auswirkungen auf den schweizerischen Tourismus und die geschäftlichen Beziehungen hätte, aber Komplikationen schaffen würde, die nachteilig wären. Wir konnten deshalb bis jetzt die Aufhebung der Visumpflicht für Taiwan nicht beantragen. Selbstverständlich werden wir die Situation immer wieder neu prüfen.

Abstimmung – Vote

Für Annahme der Motion 74 Stimmen

Dagegen 87 Stimmen

04.3047

Motion Darbellay Christophe. Erleichterte Einreise für chinesische Touristen

Motion Darbellay Christophe. Faciliter la venue en Suisse des touristes chinois

Einreichungsdatum 09.03.04

Date de dépôt 09.03.04

Nationalrat/Conseil national 13.06.05

Darbellay Christophe (C, VS): Nous quittons la province d'Oskar Freysinger, Taïwan, pour la Chine, à savoir la République populaire de Chine. La proposition que je fais ici revient presque à enfoncer une porte ouverte. Elle consiste à autoriser les touristes chinois porteurs d'un visa Schengen, qui visitent pour la première fois la Suisse, à entrer sans visa spécifique en Suisse, hormis donc le visa Schengen. C'est un vieux «postulat» des milieux du tourisme suisse, qui le soutiennent; c'est dans le cas présent une motion cosignée par 25 parlementaires toutes tendances confondues, de la droite à la gauche.

Lorsque j'ai déposé cette motion, le contexte était un petit peu différent de celui d'aujourd'hui puisque nous venons d'adopter les accords bilatéraux d'association de la Suisse à l'Espace Schengen et à l'Espace Dublin. Ma motion ne porte pas sur l'entier de cette association, c'est un petit élément; c'est une proposition qui, même si elle est un élément isolé, nous permet de faire un premier pas dans une direction qui nous permette de développer notre marché, pour le tourisme suisse.

Cette proposition donnerait un coup de pouce bienvenu au secteur touristique, un secteur qui est cher à l'économie suisse puisqu'il représente le 4 pour cent de notre produit intérieur brut, mais qu'il va jusqu'à représenter le 80 pour cent du produit intérieur brut de certaines régions et communes de montagne. Nous étions, en 1950, la cinquième destination mondiale pour le tourisme, nous sommes aujourd'hui la vingt-deuxième et nous devons faire en sorte que, demain, nous nous rapprochions du haut du classement.

Les touristes chinois représentent un potentiel économique important. Ce sont des touristes qui dépensent plus que la moyenne; ce sont 300 millions de personnes aujourd'hui – beaucoup plus demain –, qui ont un pouvoir d'achat élevé.